

GLOBAL VIEW

3 | 2013

Preis:
3,- Euro

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

UNESCO: Welt – Kultur – Ende?

<http://www.globalview.at>



Liebe Leserin!

Lieber Leser!



Mit großer Freude darf ich Ihnen eine kompakte Ausgabe des Global View präsentieren.

Die UNESCO vergibt nicht nur, wie allgemein bekannt, den Status des „Weltkulturerbe“, sondern spielt auch eine wichtige Rolle bei der Förderung von Erziehung, Wissenschaft und Kultur wie auch der Kommunikation und Information.

Allerdings ist die UNESCO in eine finanzielle Schieflage geraten, da die USA, als ein großer Beitragszahler, ihre Pflichtbeiträge seit 2011 nicht mehr bezahlen. Der deutsche UNESCO Experte Prof. Hüfner erläutert seine Standpunkte zur Thematik und verweist auf seine Vorschläge zur Rettung beziehungsweise Umstrukturierung der UNESCO.

In einem zweiten Artikel über die Vereinten Nationen berichtet ein Student über seine Erfahrungen als offizieller UNO-Jugenddelegierter Österreichs im Jahr 2013. Natürlich sind wir besonders stolz, dass es sich um ein Mitglied unserer Jugendorganisation AFA handelt.

Die aktuelle Ausgabe beinhaltet Berichte aus fünf verschiedenen Kontinenten. Neben den beiden UNO-Berichten, die sich auf Nordamerika und Europa beziehen, möchten wir Sie auch auf eine besorgniserregende Situation in Südamerika hinweisen. Eine Mitarbeiterin der UNO berichtet über ihre Erfahrungen in Argentinien, wo sie sich mit „Internally Displaced Persons“ beschäftigt hat.

Auch über ein Land in Afrika möchten wir in dieser Ausgabe berichten. Die Hilfsorganisation Menschen für Menschen setzt sich in Äthiopien für bedürftige Menschen ein. Mit dem Prinzip „Hilfe zur Selbstentwicklung“ wurde bereits vielen Menschen in Afrika durch österreichische Spendengelder geholfen.

Abgerundet wird diese Ausgabe durch einen Kurzbesuch in Istanbul, der Metropole zwischen Europa und Asien. Tauchen Sie ein, in ein Märchen aus 1001 Nacht.

Wir hoffen, mit der Auswahl an Berichten Ihr Interesse geweckt zu haben und freuen uns über Ihr Feedback!

Viel Freude beim Lesen!
Ihr
Bernd Hermann

Anmerkungen: Nützen Sie auch das breite Angebot an Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) bzw. des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA).

Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.oegavn.org> bzw. <http://afa.at>.

Feedback bzw. Artikelvorschläge nehmen wir jederzeit gerne via globalview@afa.at entgegen.

Bild links: Empfang der Stadt Wien im Rathaus für die Teilnehmer/innen der Vienna International Model United Nations (VIMUN)

Impressum Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Redaktionsadresse:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Redaktion:** Bernd Hermann ■ **Layout:** Bernd Hermann ■ **Titelbild:** <http://pixabay.com> ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor ■ **Druck:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H, A – 5222 Munderfing, Gewerbegebiet Nord 3, +43 /7744/ 20080, <http://www.aumayer.co.at>

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Wien, Zustelladresse: Kaiserliche Hofburg-Nordtrakt, Rennweg 1/20, A-6020 Innsbruck ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen von den Autorinnen und Autoren nicht immer explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.



Inhalt

Foto: UN DESA - Youth



UNO-Jugenddelegierte in New York
- Seite 8

Foto: Menschen für Menschen



Menschen für Menschen hilft in Äthiopien
- Seite 12



Istanbul - Metropole zwischen Europa und Asien
- Seite 14

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 05 | Event Highlights | Michael F. Pfeifer |
| 06 | UNESCO - Quo vadis? | Klaus Hüfner |
| 08 | Österreichischer UNO Jugenddelegierter | Aleks Semerciyan |
| 10 | Internal Displacement:
The Colombian Case | Laura Gil Martinez |
| 12 | Äthiopien: Bauern mit Pioniergeist | Menschen für Menschen |
| 14 | 24 Stunden Istanbul | Bernd Hermann |

Event Highlights



Die „Europäischen Föderalisten“ sind eine Bewegung, die schon seit den 1950-er Jahren für ein vereintes Europa als Bundesstaat eintreten. Schon in frühen Jahren, lange vor der Schaffung der Europäischen Union in der heutigen Form, dem Vertrag von Schengen oder der Eurowährung, forderten sie einen Abbau der Grenzkontrollen, eine gemeinsame Verfassung und eine gemeinsame Währung.

Alljährlich im Juli treffen die Vordenkerinnen und Vordenker beim traditionellen Europa-Forum Neumarkt im ehemaligen Schloss Forchtenstein, einer Burg, die als Europahaus und Seminarzentrum eingerichtet ist, in der Steiermark zusammen. Jeweils von Freitag Abend bis Sonntag Mittag werden aktuelle europäische Themen diskutiert. Das AFA und die ÖGAVN sind seit bald 10 Jahren gerne mit dabei.



Im August 2011 wurde auf Initiative des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und einer Reihe an befreundeten Jugendorganisationen aus anderen Ländern, die ebenfalls als Bindeglied zur UNO fungieren, in Wien das United Nations Youth Associations Network (UNYANET) gegründet.

Diese unabhängige Institution vernetzt Funktionärinnen und Funktionäre von mittlerweile 14 Mitgliedsorganisationen, die an die 20.000 Jugendliche erreichen.

Neben regelmäßigen Onlinemeetings findet jedes Jahr eine Generalversammlung statt; diesmal auf Einladung der Freundinnen und Freunde aus Slowenien in Ljubljana. Das AFA hat für das Treffen im August 2013 drei Vertreterinnen und Vertreter entsandt.

Mit Michael Klampfl als UNYANET-Präsident und Bernd Hermann als UNYANET-Vorstandsmitglied ist Österreich im Netzwerk führend vertreten.



Im September 2013 gab Botschafter Dr. Johannes Kyrle einen breiten Überblick zu seiner langjährigen Tätigkeit im Außenministerium. War in den Anfängen zur Zeit des österreichischen Staatsvertrags das Außenressort noch Teil des Bundeskanzleramts, steht das Ministerium heute vor großen Aufgabenstellungen. Diese umfassen eine Vielzahl an Themenkreisen wie Politik, Wirtschaft, Kultur, Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, Energiepolitik und Europa.

Eine der Prioritäten für Österreich wird auch weiterhin der Westbalkanraum sein. Botschafter Dr. Johannes Kyrle, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, und damit oberster Beamter des Ministeriums, übergibt anlässlich seiner Pensionierung im Dezember seine Funktion an Botschafter Dr. Michael Linhart.

UNESCO – Quo vadis?

Seit 2011 zahlen die USA wegen der Aufnahme Palästinas in die UNESCO ihren Pflichtbeitrag nicht mehr, der immerhin 22 Prozent des ordentlichen UNESCO-Haushalts ausmacht. Da die USA aber weiterhin Mitglied der Organisation geblieben sind, verlieren sie auf der 37. Generalkonferenz im November 2013 ihr Stimmrecht.

Der zuständige US-Botschafter erklärte, dass die Obama-Administration aufgrund der innerstaatlichen Rechtslage weiterhin nicht in der Lage sei, ihren Pflichtbeitrag in Höhe von jährlich rund 75 Mio. US-Dollar zum ordentlichen Haushalt zu zahlen.

Notstands - und/oder Darlehensfond

Die durch dieses Verhalten ausgelöste Finanzkrise ließ sich auch mit einem von der Generaldirektorin eingerichteten Notstandsfonds nicht lösen, da bisher kein einziger EU-Staat einen freiwilligen Beitrag dazu geleistet hat. Gezahlt haben unter anderem Katar und Saudi-Arabien jeweils zwanzig Millionen US-Dollar sowie Algerien und die Türkei jeweils fünf Millionen US-Dollar, zusammen deutlich mehr als die Hälfte aller bisher eingegangenen Beträge.

Mein Vorschlag, kurzfristig einen Darlehensfonds einzurichten, solange die USA ihren Beitragspflichten nicht nachkommt, war als eine Art Überbrückungsfonds gedacht. Die anderen Mitgliedstaaten sollten durch Darlehen entsprechend ihrer Beitragssätze die entstandene Finanzierungslücke füllen, um das auf der 36. Generalkonferenz 2011 beschlossene Arbeitsprogramm

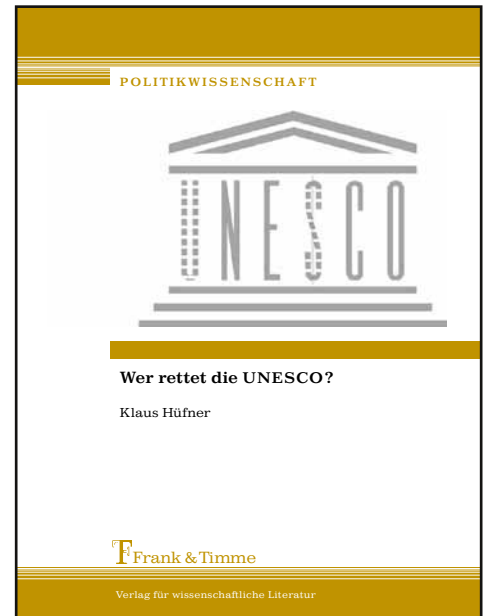
für 2012-2013 ordnungsgemäß durchführen zu können. Dieser Vorschlag wurde ebenso verworfen wie meine Idee, beim Internationalen Gerichtshof ein Gutachten anzufordern, um zu klären, ob es völkerrechtlich erlaubt ist, Mitglied der UNESCO zu bleiben, ohne die Beitragspflichten zu erfüllen.

Finanz - und Strukturkrise

Daher blieb nur die Möglichkeit, entsprechende Einsparungen umzusetzen. Seit 2012 mussten in der Folge neben Personaleinsparungen sämtliche Haushaltsansätze der UNESCO um rund 30 Prozent und alle Programm-Aktivitäten um etwa 50 Prozent reduziert werden.

Dies gilt auch für die Jahre 2014-2015, wo anstelle eines bereits seit 2010-2011 angestrebten nominalen Nullwachstums in Höhe von 653 Millionen US-Dollar ein Ausgabenplan von lediglich 507 Millionen US-Dollar von der Generalkonferenz verabschiedet worden ist. Mit dem notwendigen Personalabbau von etwa 700 Stellen zwischen 2010 und 2014 erfolgt eine Reduzierung des Personalbestands um etwa ein Drittel.

Aber die Finanzkrise macht auch eine Struk-



turkrise der Organisation sichtbar. Seit 1991 werden anstelle von Persönlichkeiten Mitgliedstaaten, vertreten durch Botschafter/innen, in den Exekutivrat gewählt. Zahlreiche Mitglieder des Exekutivrats verletzen bei der Entsendung ihrer Vertreter/innen die Vorschriften der Verfassung, da sie Persönlichkeiten vorschlagen, die weder „auf einem oder mehreren Gebieten der UNESCO sachverständig“ sind, noch für die gewählte Zeit von vier Jahren in diesem Amt bleiben.

Die duale Rolle der UNESCO?

Oftmals wird von einer dualen Rolle der UNESCO gesprochen, wonach sie sowohl als eine Entwicklungshilfe-Agentur als auch als eine Agentur für internationale Zusammenarbeit tätig sei. Vergleicht man jedoch die zur Verfügung stehenden ordentlichen und außerordentlichen Finanzmittel mit denen anderer UN-Institutionen einschließlich der Bretton-Woods-Organisationen, so erscheint diese Doppelfunktion äußerst fragwürdig.

Auch der kurz- und mittelfristige Planungsprozess



Dr. Hüfner gemeinsam mit Dr. Wüstenhagen (links) und Botschafterin Dr. Nowotny (rechts) in Wien

ess verläuft immer noch in alten Bahnen. Zwar beteiligten sich beim Prozess der Planerstellung, für die diesmal aus entwicklungspolitischen Gründen von zwei bzw. sechs auf vier bzw. acht Jahre verlängerten Phasen, über die Hälfte der Mitgliedstaaten mit ausgefüllten Fragebögen. Deren Antworten wurden dann vom Sekretariat ohne erkennbaren methodischen Ansatz zusammengefasst, aber eine zweite Runde der inhaltlichen Prioritätensetzung angesichts der gegenwärtigen Finanzsituation und der globalen Unsicherheiten blieb ebenso aus wie eine zeitliche Abstimmung mit der Nach-2015-Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen.

Umstrukturierung

Ich schlage eine Reduzierung der Mitgliederzahl des „verstaatlichten“ Exekutivrats von gegenwärtig 58 auf 30 Staaten vor, wobei auch die Möglichkeit einer direkten Wiederwahl abgeschafft werden sollte, um eine quasi-ständige Mitgliedschaft einiger Staaten zu verhindern und ein höheres Maß an Rotation zu erlauben. Parallel dazu soll mit einem Forschungsrat („Akademia“) ein gleichrangiger Ausschuss für kompetente Nicht-Regierungspartner gegründet werden, der ebenfalls aus 30 Vertreter/innen internationaler NGOs besteht.

Beide Räte sollten im Auftrag der Generalkonferenz und im gegenseitigen Konsens sowohl für den Prozess der mittel- und langfristigen Planaufstellung als auch für die Planumsetzung und -evaluierung zuständig sein.

Die Aufsichtsräte der UNESCO-Fachinstitute vor allem im Bildungsbereich sollten sich in Zukunft nicht aus Regierungsvertreter/innen, sondern ausschließlich aus ausgewiesenen Fachleuten zusammensetzen, denn die Fachinstitute sollen als „Denk-Leuchttürme“ agieren, als Exzellenzzentren „gegen den Strom“ denken und Anstöße für innovative Programm-Aktivitäten liefern.

Auch der Ausschuss für Menschenrechtsfragen (CR-Ausschuss) des Exekutivrats darf nicht einer zunehmenden Politisierung zum Opfer fallen, sondern muss in ein Expertengremium umgewandelt werden.



Klaus Hübner bei seinem Vortrag für die ÖGAVN im Rahmen des „Internationalen Clubs“ in Wien

Die jüngst erfolgte Initiative Kubas, eine offene Arbeitsgruppe des Exekutivrats im Frühjahr 2014 einzurichten, um das Individualbeschwerde-Verfahren endlich abschaffen zu können, deutet auf einen unerfreulichen politischen Druck unter dem Deckmantel von „Sparmaßnahmen“.

Ein Umdenken ist notwendig

Die zukünftige Finanzierung der UNESCO muss auf jeden Fall gesichert sein. Ich schlage daher vor: Langfristig sollte beim Pflichtbeitrag zum ordentlichen Haushalt eine neue Höchstgrenze von zehn anstatt von bisher zweiundzwanzig Prozent eingeführt werden, um nicht länger von einem einzigen Staat finanziell abhängig zu sein.

Die bisherige Orientierung an der Beitragstabelle der Vereinten Nationen kann durchaus flexibel gehandhabt werden, wie es bei anderen UN-Sonderorganisationen der Fall ist. Darüber hinaus sollte bei konkreten Projekten von den sich beteiligenden Mitgliedstaaten Gebühren erhoben werden, die sich prozentual an den

Beitragssätzen zum ordentlichen Haushalt orientieren. Ein solches Verfahren existiert zum Beispiel bei der OECD.

Die gegenwärtige Finanzkrise legt zahlreiche strukturell-organisatorische sowie inhaltliche Probleme der Organisation offen. Bisherige Reform-Vorschläge haben die bestehenden Strukturen nicht in Frage gestellt. Wer umfassende Struktur-Reformen vom UNESCO-Sekretariat erwartet, muss sich mit konkreten Vorschlägen auch an den hierzu notwendigen Aktivitäten beteiligen. Dies gilt für alle Mitgliedstaaten und deren UNESCO-Nationalkommissionen.

Das gegenwärtige Krisenmanagement durch Sekretariat und Exekutivrat reicht nicht aus. Sämtliche Anstrengungen sollten darauf gerichtet sein, dass die UNESCO in ihren Zuständigkeitsbereichen zur Denkfabrik des UN-Systems umgebaut wird und damit die Forderungen zur Konzentration, Transparenz und Partizipation deutlicher als bisher erfüllen kann.



Dr. Klaus HÜFNER, geboren 1939, war Universitätsprofessor an der Freien Universität Berlin, ist Ehrenmitglied der Deutschen UNESCO Kommission sowie Ehrenpräsident der Weltföderation der UN Gesellschaften (WFUNA); zudem ist er Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und Ehrenvorsitzender des Berliner Komitees für UNESCO-Arbeit. Seit 2006 ist er Senior Research Fellow beim Global Policy Forum (GPF) in New York und lehrt für UNITAR in Genf seit 2008. 2013 hat Klaus Hübner sein aktuelles Buch „Wer rettet die UNESCO?“ veröffentlicht.

Österreichischer UNO-Jugenddelegierter 2013

Rückblick: Wien, New York & die Vereinten Nationen

Ein intensives, erlebnisreiches und unvergessliches Jahr als offizieller österreichischer Jugenddelegierter für die Vereinten Nationen (UNO) 2013 geht für mich zu Ende. Zeit die wichtigsten Augenblicke des Jahres noch einmal Revue passieren zu lassen.

Diese ehrenamtliche Funktion wird grundsätzlich von der österreichischen Bundesjugendvertretung (BJV) vergeben, welche die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich ist. Die BJV setzt sich dadurch im höchstmöglichen politischen Gremium, den Vereinten Nationen, für Jugendpartizipation ein, führt das jährliche Auswahlverfahren durch, betreut die/den Jugenddelegierte/n während der gesamten Funktionszeit (1 Jahr) und übernimmt gewisse Kosten gänzlich, beispielsweise Flug, Unterbringung und Verpflegungspauschale. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) ermöglicht der/dem Jugenddelegierten insbesondere die Teilnahme in der offiziellen Österreichischen Delegation in New York.

Meine Funktionszeit

Nachdem ich am Ende eines dreistufigen Bewerbungsverfahrens als UN-Jugenddelegierter 2013 ausgewählt worden bin, traf ich im Frühjahr meine Vorgängerin Melissa Ofoedu (UN-Jugenddelegierte 2012) und hatte zudem mehrmals Termine in der Bundesjugendvertretung



Der Österreichischer UNO Jugenddelegierte



Blick auf Manhattan, New York, USA

einschließlich eines Medientrainings. In den darauffolgenden Monaten habe ich mich auch einige Male mit den zuständigen Abteilungsleitern und Referenten des BMeiA sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung getroffen.

Zu meinem Programm gehörten auch Kooperationen und Treffen mit Nichtregierungsorganisationen sowie jungen Menschen in Österreich, um ein stärkeres Bewusstsein für gewisse Themen zu schaffen und die Arbeit der UN-Jugenddelegierten generell zu bewerben.

Ende Juni fand das jährlich veranstaltete europäische Vernetzungstreffen des Europäischen Jugendforums, diesmal in Brüssel, statt. Dies war eine Möglichkeit, den Großteil der UN-Jugenddelegierten aus den anderen europäischen Ländern erstmals zu treffen, Netzwerke aufzubauen und insbesondere unsere gemeinsame Zeit im Herbst in New York zu organisieren.

In Brüssel wurden wir auch von Ahmad Alhendawi, dem von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ernannten UN-Gesandten für Jugend, mit einem Referat über seine Tätigkeiten willkommen heißen.

UN-Standort Wien

Der UN-Standort in Wien verschaffte mir als UN-Jugenddelegierter Österreichs zahlreiche Vorteile, wie mehrmalige Treffen mit Direktor Janos Tisovszky des UN Information Service (UNIS) Wien. Auch meine Anwesenheit bei der Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens des Landes Wien an UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Rathaus und die Möglichkeit, diesem persönlich gratulieren zu dürfen, wären ohne UNIS Wien wohl nicht realisierbar gewesen!

Des Weiteren nahm ich im Juli am UN4MUN Workshop in den UN-Räumlichkeiten teil. Mitte August fand die vom AFA veranstaltete Vienna International Model United Nations (VIMUN) Konferenz, eine internationale UN-Simulationskonferenz mit über 200 jungen Teilnehmer/innen aus aller Welt, ebenfalls in der UNO in Wien statt. Ich konnte als Vize-Präsident des simulierten "Internationalen Gerichtshofs (IGH)" wertvolle Erfahrungen sammeln und nutzte dabei die Gelegenheit, zahlreiche interessierte Studierende über das österreichische UN-Jugenddelegiertenprogramm zu informieren.

Darüber hinaus suchte ich Gespräche mit jungen Menschen beispielsweise in Belgien, den

Niederlanden, Schweden, Litauen und Rumänien, wo ich jeweils an internationalen Konferenzen teilnahm, um das UN-Jugenddelegiertenprogramm bekannter zu machen und diese dazu zu motivieren, auch in ihren Ländern ein solches Programm zu etablieren und/oder sich als zukünftige UN-Jugenddelegierte/r zu bewerben.

UN-Generalversammlung New York

Den gesamten Monat Oktober verbrachte ich in New York, wo ich an der UN-Generalversammlung als Mitglied der offiziellen Delegation Österreichs teilnehmen konnte. Vor Ort arbeitete ich eng mit der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen zusammen. Meine Aufgabenbereiche waren insbesondere die Angelegenheiten der Kinder und Jugendlichen im Dritten Komitee, welches für soziale, humanitäre sowie kulturelle Angelegenheiten zuständig ist. Gleich am Tag der Eröffnung des Komitees durfte ich die offizielle Eröffnungsrede für Österreich halten (Video davon auf Youtube!) und konnte an vielen weiteren interessanten Sitzungen des Dritten Komitees teilnehmen.

In New York selbst durchlief ich ein zeitlich sowie inhaltlich intensives Programm auf Vollzeitbasis. Neben der Teilnahme an Komiteesitzungen und an informellen Verhandlungen zu verschiedenen UN-Kinder- und Jugendresolutionen habe ich mich insbesondere mit zahlreichen anderen UN-Jugenddelegierten aus rund 25 Ländern vernetzt und mit diesen täglich zusammengearbeitet. Gemeinsam haben wir verschiedene Schwerpunkte unserer Lobbyarbeit gesetzt, Standpunkte diskutiert und beinahe ein dutzend verschiedene informative Side Events und Podiumsdiskussionen zu interessanten Themen veranstaltet.

Beispielsweise möchte ich jene zu ‚Jugendpartizipation auf sämtlichen Ebenen‘ oder auch ‚Kinder und Jugendliche in Post-Konflikt-Situationen‘ hervorheben, an welchen ich bei der Organisation und Durchführung teilweise mitgeholfen habe. Neben diesen Aktivitäten nutzte ich die Möglichkeit, zahlreiche in New York ansässige UNO Organisationen sowie NGOs zu treffen.



Foto: UN DESA - Youth

Der stellvertretende UN-Generalsekretär Jan Eliasson gemeinsam mit den UN-Jugenddelegierten

Mein Hauptaugenmerk galt insbesondere der Verhandlung der UN-Jugendresolution, eine biannual beschlossene Resolution, welche die soziale Inklusion junger Menschen in sämtlichen Lebensbereichen zum Ziel hat. In meiner Funktionszeit lagen meine Schwerpunkte insbesondere auf den Themen Jugendpartizipation, Millennium Entwicklungsziele und deren Umsetzung nach 2015, Kinder und Jugendliche in der Konfliktbewältigung, Kinderrechte sowie Internationale Strafjustiz.

Ein weiteres Highlight war sicherlich das gemeinsame Treffen inklusive Fototermin mit dem stellvertretenden UN-Generalsekretär aus Schweden, Jan Eliasson, da UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zu diesem Zeitpunkt leider aufgrund einer wichtigen Auslandsreise verhindert war. Dennoch war es ein wirklich tolles Erlebnis, einem so erfahrenen Diplomaten zu begegnen, insbesondere da er mit seinem herzlichen und lockeren Gemüt die eine oder andere Anekdote aus seinem bewegten Leben erzählte. Auch Ahmad Alhendawi, den UN-Gesandten für Jugend,

trafen wir in New York wieder. Wir konnten unsere Erlebnisse aus New York austauschen, ihm einen Überblick über den aktuellen Verhandlungsstand der verschiedenen Kinder- und Jugendresolutionen geben, sowie ihn über unsere sonstigen Aktivitäten informieren.

Wie wirst du die/der nächste UN Jugenddelegierte Österreichs?

Bist du österreichische/r Staatsbürger/in, zwischen 18-24 Jahre alt, hast Interesse und Engagement im Bereich der (internationalen) Jugendarbeit/Jugendpolitik, besitzt ausreichend zeitliche Ressourcen, umfassende persönliche Kompetenzen und gute Kenntnisse in Englisch?

Dann bewirb dich bitte für diese unglaublich tolle Funktion und vielleicht reist demnächst du schon offiziell zur UNO nach New York!

Mehr Informationen findest du auf:

<http://www.youthdelegate.at>



Aleks SEMERCIYAN, AFA - Mitglied, studiert Rechtswissenschaften in Wien und verbrachte ein akademisches Jahr in den Niederlanden, wo er auch als Chefredakteur der dortigen UN-Studentenorganisation (DUNSA) gearbeitet hat. Aleks absolvierte ein Praktikum in der politischen Abteilung der Österreichischen Botschaft in Washington DC (USA) und ist der österreichische UN-Jugenddelegierte 2013. Seine wissenschaftlichen Interessenschwerpunkte liegen im Völkerrecht, Völkerstrafrecht, Internationale Beziehungen, Frieden & Sicherheit sowie sämtliche EU-Angelegenheiten.

Internal Displacement: The Colombian Case

From 1985 to 2013 approximately four million Colombians have been forced to leave their homes. This is followed by a hard process of stigmatization by the Colombian hosts, who, in the majority of cases, entrenched in deep poverty, see the displaced as a threat. The international community together with the Colombian state has exhaustively searched for ways of combatting this issue. A real solution, nonetheless, is still to be found.

An alarming amount of people around the world are being forced to flee their homes. With intra-state conflicts increasing in number, populations tend to find refuge outside or within the borders of their own state, the latter becoming Internally Displaced Persons (IDPs). In Colombia in particular, the internally displaced population amounts to a total of approximately four million (UNHCR 2013, IDCM 2013). The Colombian case is complex and needs to be further explored.

Going back to the 1960s, the conflict started with the emergence of several armed guerrilla groups inspired by the Cuban revolution, who were initially aiming to fight against social and economic inequality. Out of these, the most popular lasting up to this day are the infamous FARC (Armed Revolutionary Forces of Colombia) and the ELN (National Liberation Army).

The creation of these guerrilla groups led in turn to the emergence of the paramilitaries, or 'paras', during the 1970s, an illegal counter-insurgency most notoriously led by the AUC (United Self-Defence Forces of Colombia). Since then, both armed sides have been threatening, displacing and murdering the rural population, dragging Colombians into a conflict in which they had little to no interest.

Over the years, this conflict between left-wing guerrillas and right-wing paramilitaries has shifted away from an original ideological fight and has evolved into a war over territorial control. The existence of the illicit drug business has in turn led to the prolongation of the war, transforming it into a complicated decades-long conflict which has been emanating millions of IDPs throughout the country.

The IDP

Colombia has become the country with the highest number of IDPs in the world (UNHCR 2013).

The IDP escapes from forced recruitment, sexual and gender-based violence, consistent threats, or from witnessing directly murders committed to his or her own family members. He or she is forced to leave everything behind and to hide from one armed group or the other. As one IDP in Neiva, Colombia, puts it, "Who doesn't fear death?" This forceful displacement continues to take place to this day, although sometimes in a very subtle manner.

As you read this article, families are being dragged into misery on a continuous basis. Once away from home, the IDP travels during days to find refuge in urban areas, settling in the outskirts of towns and cities. The phenomenon of IDP settlements was born. Numerous slums are self-constructed in dangerous locations where hundreds of IDPs live. Many of these lack basic sanitary mechanisms, access to electricity, gas, and in essence, adequate living conditions. These inhumane surroundings are felt by both the IDP settlers and the host populations.

The Stigma

As a result, one can feel a palpable rejection of the displaced population throughout the country. Not only host communities, but the media,

government officials, humanitarian agencies and a conflation of multiple agents have created a solid stigma around the displaced. The host population automatically categorizes them into being 'dangerous' and 'trouble-makers'. Some local government officials, trying to hide the existence of illegal armed actors in their regions (which is a weakness they cannot afford to admit), do not speak about displacement and in many cases portray the IDP as a liar in search for government aid.

More powerfully, the conventional poor, many of whom form part of the forgotten stratum of society, automatically portray the IDP as a competitor for government assistance and already scarce resources. In addition, the IDP is generally placed into one side of the conflict. The common assumptions are: If displaced by the guerrilla, they must be a 'para'; if displaced by the paras, they must be a 'guerrillero'.

Non-IDPs mistrust the reason for their displacement and tag them as a direct attraction of danger. As a consequence, a strong and insurmountable IDP stigma is born. The stigma naturally limits the IDP from work opportunities and social integration, hence adding more difficulties to their already unfavourable situation.



Supporting the poorest

photo: UNHCR



Office of the ombudsman for the right of habitation in Argentina

Good intentions

The government, NGOs and the United Nations have been elemental in addressing the problem of Colombia's IDPs. The United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) in particular, which entered the country in 1988 through government invitation, has been playing a prominent role in accompanying the Colombian administration in its assistance to IDPs, both through technical guidance at the institutional level and legal expertise. The refugee agency currently focuses on three priorities: preventing more displacement, improving the protection of the displaced, and searching for durable solutions.

In parallel, the Colombian state is committed to this cause. Significantly, Colombia has developed an IDP legal framework that is internationally enviable. In addition from having ratified the 1951 Geneva Convention relating to the status of refugees, it has adopted the Guiding Principles on Internal Displacement and has developed a system of domestic aid towards IDPs, which assists with education, health and income-generation programmes.

Most notoriously, the Colombian state enacted in 2011 a Victims and Land Restitution Law with the purpose of assisting the victims of displace-

ment. At the time, the country lived an important political change, for it was the first time in decades in which a president recognized that Colombia was entrenched in an armed conflict. Former presidents had neglected the fact by claiming the country was simply fighting terrorism (Castañeda 2011; Salgado 2011).

In contrast to this, in June 2011, president Santos ratified the new Victims' Law side by side Ban Ki-Moon – a law that not only officially admits the existence of the conflict but intends to compensate its victims, including the IDPs. Back in 2011, far from being ignored, the law infected the streets of Bogotá where informal copies were being sold on every corner.

The implementation of this law and its immediate positive results, nonetheless, are still to be felt. While the government is in theory involved in the protection of its IDPs, the practice is a different story. As one professor from the Los An-

des University commented: "It is not the Colombian law that is wrong, but its application"

Colombia's solution

Colombia's extreme situation, hence, not only renders a severe case of displacement but is a vivid example of discrimination against its displaced. It is naive to talk about solutions, though, taking into account that the armed conflict is still ongoing.

It is true for example that violence has diminished during the past years, particularly since President Juan Manuel Santos assumed office in 2010. The current administration is struggling to negotiate with the armed guerrilla groups.

Nonetheless, solutions cannot be found when violence in Colombia still is a reality. Were a permanent ceasefire to be reached, certain steps would need to be taken in order to fairly compensate Colombia's victims. For example, a structural change of direct government aid would need to take place to protect the IDPs through security guarantees and local integration. This integration, or any other viable durable solution, would clearly require political will.

Finally, the Colombian state, civil society and the international community, should diversify efforts to address both the displaced and the non-displaced poor.

This could be followed by efforts to turn the IDP stigma from problem-generator into the genuine victim affected by the conflict. But it is only when the historical rivalries are forgotten that Colombia will be able to stand up as one and allow for the social integration and just compensation of its victims.



Laura GIL MARTINEZ, MA, graduated in International Relations in 2011 at Queen Mary University of London, for which she wrote her dissertation on Internally Displaced Persons in Colombia. During the same year, she travelled to the country to conduct field research, meeting with scholars, government officials, aid workers and visiting IDP settlements around UNHCR field offices. During the past year, Laura has worked as a consultant at the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) in Vienna.

Äthiopien: Bauern mit Pioniergeist

55.000 km² - etwa zwei Drittel der Fläche Österreichs – so weit erstrecken sich heute die Projektgebiete der Organisation Menschen für Menschen in Äthiopien.

Vor über dreißig Jahren vom österreichischen Schauspieler Karlheinz Böhm gegründet, verfolgt Menschen für Menschen seit jeher das Prinzip der „Hilfe zur Selbstentwicklung“ durch die Vermittlung von Wissen und Techniken. Über fünf Millionen Menschen profitieren mittlerweile von der Arbeit der Organisation, die keine Einzelmaßnahmen setzt, sondern ganze Regionen entwickelt.

Tägliche Herausforderungen

Allein in der ausschließlich durch österreichische Spenden finanzierten Region Ginde Beret leben etwa 131.000 Menschen, also fast so viele wie in der Stadt Salzburg. Hier gibt es zahlreiche Herausforderungen, die in unseren Breitengraden längst kein Thema mehr sind: Erosion und die jahrelange Abholzung machen das ohnehin knapp vorhandene Land unbrauchbar, die Hälfte aller Kinder unter neun Jahren war zu Beginn der Projektarbeit im Jahr 2011 von der heimtückischen Augeninfektion Trachom betroffen und drei Viertel der Bevölkerung hatte keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die Frauen und Mädchen, zu deren traditionellen Aufgaben das Wasserholen zählt, schöpfen Wasser aus schmutzigen Quellen, aus denen auch die Rinder, Schafe und Ziegen trinken.



Foto: Menschen für Menschen

Aus schmutzigen Rinnsalen schöpfen die Menschen Wasser

Mit verunreinigtem Wasser und ungefassten Quellen beginnt ein Kreislauf aus Krankheit und Misswirtschaft, der das Leben der Menschen prägt. Genau hier setzt die Arbeit von Menschen für Menschen an, um der Bevölkerung zu helfen ihre Lebensumstände zu verändern.

Hilfe zur Selbstentwicklung

Bevor die Arbeit in einem Projektgebiet beginnt, erhebt die Organisation den Bedarf in der Region und schätzt das Potential zur Entwicklung ein. Generell gilt, dass die Bevölkerung aktiv in die Arbeit eingebunden wird. So auch zum

Beispiel beim Bau von Quelfassungen und Brunnen. Die Dorfgemeinschaften, die von den geschützten Wasserstellen profitieren, rufen ein Wasserkomitee aus, das auch in Zukunft für die Instandhaltung verantwortlich zeichnet. Zu diesem Zweck wird von Menschen für Menschen ein Brunnenwart ausgebildet und mit dem notwendigen Werkzeug ausgestattet. Auf diese Weise erhält der Brunnenwart auch ein Einkommen, denn die Dorfgemeinschaft zahlt regelmäßig Nutzungsbeiträge, wovon der Wärter und auch allfällige Reparaturen bezahlt werden können. Wie hoch diese Beiträge sind, bestimmt die Gemeinschaft selbst. Ein Brunnenprojekt geht also gleich nach Fertigstellung in die Verantwortung der Menschen vor Ort über, so entstehen keine Abhängigkeiten von der Organisation. Allein in den ersten drei Projektjahren wurden 60 Brunnen und Quelfassungen in der Region Ginde Beret errichtet, wovon etwa 32.000 Menschen profitieren.

Von Menschen für Menschen

Die Entscheidung, welche Projekte zu welchem Zeitpunkt umgesetzt werden, hängt auch mit den geografischen Begebenheiten zusammen. Die Region Ginde Beret zeichnet sich zum Beispiel durch hoch gelegene Plateaus aus, die meist nur über steile Pfade zu erreichen sind.



Foto: Menschen für Menschen

Der Bau von Quelfassungen und Brunnen ermöglicht den Zugang zu sauberem Trinkwasser

Bevor also in den tiefer liegenden Gebieten ein Brunnen gebaut werden kann, müssen Zufahrtswege entstehen. Auch hier hilft die Bevölkerung unter Anleitung eines Mitarbeiters von Menschen für Menschen mit.

Die Mitarbeiter sind auch die ersten Ansprechpartner vor Ort. Regelmäßig finden Treffen mit den Dorfgemeinschaften statt, um die spezifischen Probleme der Region aufzudecken und gemeinsam Lösungswege zu finden. Die Entwicklungsberater leben in den Dörfern, sind Teil der Gemeinschaft und sprechen deren Sprache. Auf diese Weise entsteht jenes Vertrauen, das nötig ist, um grundlegende Veränderungen zu bewirken.

Erfolge, die bleiben

Die Menschen in Ginde Beret sind von den Erträgen ihrer Höfe abhängig. Schon eine einzige Missernte kann dafür sorgen, dass eine Familie auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen ist. Aus diesem Grund sind die Bauern zunächst oft skeptisch, was neue Anbau- oder Bewässerungsmethoden oder den Einsatz neuer Gemüse- und Getreidearten anbelangt. Hier sind die Entwicklungsberater auf den Pioniergeist der sogenannten Modellbauern angewiesen. Sie sind es, die die ersten landwirtschaftlichen Schulungen besuchen und das Gelernte in die Praxis umsetzen. Sehen ihre Nachbarn die Erfolge, kommt es zu einem Nachahmungseffekt und auf lange Sicht profitieren viele Familien von dem Wissen, das Menschen für Menschen in den Schulungen vermittelt. Fast dreitausend Kleinbauern haben bisher die Kurse in Ginde Beret besucht und unter anderem gelernt, wie sie Terrassen anlegen, um eine Abschwemmung des fruchtbaren Bodens zu verhindern.

Entlastung der Frauen

Selbstverständlich können die Menschen Schulungen nur wahrnehmen, wenn sie Zeit dazu haben. Aus diesem Grund legt Menschen für Menschen auch besonderen Wert auf die Förderung von Frauen, denn sie tragen die Hauptlast der Armut. Tagtäglich sind sie viele Stunden damit beschäftigt, Wasser zu holen und das täglich benötigte Brennholz zu sammeln. Schon

in jungen Jahren unterstützen die Mädchen ihre Mütter bei dieser Arbeit, wodurch ihnen oft ein Schulbesuch verwehrt bleibt.

Deshalb muss an der Wurzel angepackt werden: Brunnen werden in der Nähe der Dörfer gebaut, um der Bevölkerung nicht nur den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu sichern, sondern den Frauen und Mädchen Zeit zu sparen, die sie für ihre Bildung nutzen können. Eine weitere Veränderung hat ebenso weitreichende Auswirkungen: Zu Beginn der Projektarbeit in Ginde Beret nutzte gerade einmal jede sechste Frau einen energiesparenden Ofen, die meisten kochten auf dem traditionellen offenen Feuer.

Kleiner Ofen – große Wirkung

Menschen für Menschen produziert – zunächst am eigenen Gelände – energiesparende Öfen und gibt sie zu einem subventionierten Preis an die Familien der Region aus. Später sollen die Öfen von Menschen aus der Region gefertigt werden. Die einfachen Betonringe umschließen das Feuer. So bleiben die Räume nicht nur weitgehend rauchfrei und kleine Kinder können sich nicht mehr so leicht am Feuer verbrennen, sondern die Frauen sparen auch bis zu 50 % des Feuerholzes und damit viel Zeit zum Holz sammeln. So haben auch die Frauen die Möglichkeit

nützliches Wissen für ein besseres Leben zu erhalten. In eigenen Haushaltskursen lernen sie zum Beispiel über Gemüseanbau und -zubereitung oder eben, dass ein Ofen an einer erhöhten Stelle aufgestellt werden soll. Bei etwa 3.700 Familien wird in Ginde Beret bereits auf einem solchen Ofen gekocht.

Bildung – Schlüssel zu Entwicklung

Wissen und Bildung sind der Schlüssel zu Entwicklung und zu einer unabhängigen, selbstbestimmten Zukunft. Deshalb fördert Menschen für Menschen die Bildungsmöglichkeiten sowohl mit Schulungen und Alphabetisierungskursen als auch mit dem Bau von Schulen nach einem bewährten und besonders langlebigen Modell. Nach Fertigstellung werden die Schulen an die örtliche Bildungsbehörde übergeben, um die lokalen Gemeinden und zuständigen Ministerien in Äthiopien in die Verantwortung einzubinden. Sie sind schließlich für den laufenden Betrieb, Ausstattung und Instandhaltung verantwortlich. Auch hier greift das Prinzip „Hilfe zur Selbstentwicklung“. TÜV Rheinland bewertete 2012 die Schulbauten von Menschen für Menschen mit der Bestnote „Gut“ (1,6 Punkte).

Näheres zur Arbeit von Menschen für Menschen in Äthiopien: <http://www.mfm.at>



Menschen für Menschen
Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe

Mehr zu Haile Jesus und seiner Familie: www.mfm.at/hailejesus

Ihre Spende trägt Früchte!

Vor zweieinhalb Jahren war der kleine Haile Jesus noch unterernährt. Dank landwirtschaftlicher Schulungen von Menschen für Menschen ist sein Vater heute ein erfolgreicher Bauer und Haile Jesus hat auch in Zukunft ausreichend zu essen. Gemeinsam mit den Menschen in Äthiopien entwickeln wir langfristig ganze Regionen.

Spendenkonto: Raiffeisen 222 000 | BLZ 32 000 | IBAN: AT28 3200 0000 0022 2000 | BIC: RLNWATWW

Mehr zu Haile Jesus und seiner Familie: www.mfm.at/hailejesus



Online spenden: www.mfm.at

24 Stunden Istanbul

Besichtigen Sie die Blaue Moschee, entdecken Sie den Großen Basar, die orientalische Urform des Einkaufszentrums, genießen Sie eine Bootsfahrt und entdecken Sie die Stadt vom Wasser aus oder genießen Sie den Ausblick vom Galata-Turm - Erleben Sie 1001 Nacht zwischen Europa und Asien

Istanbul ist nicht nur die größte Stadt der Türkei sondern auch das Handels- und Finanzzentrum der Region und zudem auch die einzige Metropole, die sich auf zwei Kontinenten, Asien und Europa, befindet.

Wir kennen Istanbul jedoch nicht nur als solches, sondern auch unter den historischen Namen Byzanz und Konstantinopel.

Geprägt durch jahrtausendalte Tradition und Geschichte, finden wir in Istanbul heute unzählige imposante Bauwerke, Paläste, Moscheen und andere Sehenswürdigkeiten. Klar ist, dass man mehrere Tage benötigt um die Stadt ausreichend zu besichtigen, dennoch möchten ich Ihnen auf den folgenden 2 Seiten einen kleinen Überblick über die Highlights geben, die man an einem Tag unterbekommen kann.

Das wohl bekannteste Bauwerk Istanbul ist die **Blaue Moschee**, die offiziell Sultan Ahmet Moschee heißt und ihren im Volksmund verwendeten Namen aufgrund der blauen Kacheln im Inneren des Gebäudes besitzt.

Gleich gegenüber der Blauen Moschee befindet sich die **Hagia Sophia**, deren Bau von Kaiser Justinian im sechsten Jahrhundert in Auftrag gegeben wurde und im Altertum die größte Kirche der Christen war. Nach der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 wandelte der neue Herrscher, der Sultan des osmanischen Reichs, die Kirche in eine Moschee um. In der osmanischen Zeit wurden zudem auch vier Minarette dazu gebaut.



Jesus Mosaik in der Hagia Sophia

Im Inneren befinden sich sowohl islamische als auch christliche Elemente; besonders hervorzuheben ist hier das Jesus Mosaik.

Unmittelbar in der Nähe befindet sich der absolut sehenswerte **Topkapi-Palast**, in dem einst der Sultan mit seiner Familie lebte. In den vier Innenhöfen und den dazugehörigen Palastgebäuden lebten auch die Haremsfamilie des Sultans und zahlreiche Diener. Zudem war der Palast über lange Zeit hinweg das politische und diplomatische Zentrum des osmanischen Reichs. Im Palast kann man die größte Porzellansammlung außerhalb Chinas und zahlreiche Schmuckstücke aus der osmanischen Zeit bewundern.



Innenhof des Topkapi Palast

Nicht weit vom Palast und der Hagia Sophia entfernt befindet sich die **Yerebatan Zisterne**, die noch aus byzantinischer Zeit stammt und damals die Wasserversorgung der Stadt sicherstellte.

Besuchen Sie auch den **Großen Basar**, der als Vorform eines modernen Einkaufszentrums betrachtet werden kann. Hier finden Sie alles was das Herz begehrt: Schmuck, Juwelen, Textilien, Teppiche, Lederwaren, Antiquitäten, Haushaltsprodukte und Kulinarisches. Jedes Gewerbe hat sein eigenes Viertel, sodass der Basar in



Blaue Moschee in Istanbul

mehrere Bereiche unterteilt ist. Auf über 30.000 Quadratmetern befinden sich unzählige Geschäfte.

Vom Basar aus sollten Sie Richtung Bosphorus gehen, bei einer **Bootsfahrt** die Stadt vom Wasser aus besichtigen und einmal die Zeit zum Entspannen nutzen, während Sie an den zahlreichen schönen Gebäuden entlang der Ufer vorbei fahren.

Nach der Bootsfahrt ist es Zeit über die Galata Brücke zu schreiten und weiter zum **Galata Turm** zu spazieren, von dem man einen beeindruckenden Blick über Istanbul und den Bosphorus hat. Der Turm wurde im 14. Jahrhundert erbaut, als die Stadt noch Konstantinopel hieß, und ist eine beliebte Attraktion. Spaziert man weiter durch die kleinen Gassen bis zur **Istiklal Straße**, erreicht man schließlich die belebte Fußgängerzone Istanbuls, in der sich die europäische Kultur widerspiegelt. Geschäfte und Bars reihen sich aneinander und Fußgänger pilgern durch die Straße bis zum **Taksim Platz** am anderen Ende der Einkaufsmeile.

In der Istiklal Straße befinden sich auch zahlreiche Konsulate in wunderbaren Prunkbauten, die in osmanischen Zeiten als Botschaften genutzt wurden. Zudem sind hier auch Kirchen, Museen und Kinos zu finden.

Den Abendsollte man in einer der zahlreichen Bars ausklingen lassen, den Blick auf den Bosphorus genießen oder einfach durch die Straßen bummeln.

Istanbul ist auf jeden Fall eine Reise wert, vereint Tradition und Moderne, bietet Kultur und Freizeitangebote und zahlreiche Sehenswürdigkeiten.



Blick auf Istanbul und den Galata - Turm



Moderne und Tradition



Blick vom Galata - Turm über den Bosphorus



Blaue Moschee bei Nacht



Bernd HERMANN studiert Rechtswissenschaften in Wien, arbeitet als Assistent des Generalsekretärs der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und engagiert sich seit mehreren Jahren ehrenamtlich in der unabhängigen Jugendorganisation Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) - Hochschulliga für die Vereinten Nationen, wo er derzeit als geschäftsführender Vorsitzender des Lokalkomitee in Wien fungiert. Bernd interessiert sich für Außenpolitik, internationale Beziehungen und fremde Kulturen.



United Nations Youth and Student Association of Austria –
Academic Forum for Foreign Affairs

www.vimun.org

VIMUN

VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS

Annually held in August

EXPERIENCE DIPLOMACY

at the
UN Office at Vienna

UN SIMULATION CONFERENCE FOR STUDENTS AND YOUNG GRADUATES